

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbm d

Inhalt

Volker Neumann MdB erläutert die Aufbaubedingun- gen der Demokratie auf den Philippinen: Aquino braucht weiter Hilfe.

Seite 1

Dr. Klaus Hänsch MdEP kommentiert die innere Ent- wicklung in Nicaragua: Knall- frösche halten die Contras nicht auf.

Seite 3

Horst Peter MdB zum Thema Geschichte, Unzulänglichkeit und Kohl: Kohl zeigt, wer al- les Bundeskanzler werden kann.

Seite 4

Dokumentation:

Pax-Christi-Beschluß zur Fra- ge der Kriegsdienstverweige- rung (Teil 1).

Seite 5

41. Jahrgang / 222

20. November 1986

Aquino braucht weiter Hilfe

Die westlichen Staaten sind nun gefordert

Von Volker Neumann MdB

Die Demokratie in den Philippinen ist noch nicht gesichert. Das „Wunder der gewaltfreien Revolution“, das die Staatspräsidentin Aquino an die Macht gebracht hat und den Diktator Marcos ins Exil trieb, hat verständlicherweise noch nicht zu einer wirtschaftlichen Gesundung im Land geführt, die Voraussetzung für eine stabile Demokratie auf den Philippinen ist. Wenn auch der rasante wirtschaftliche Abstieg der letzten Jahre gestoppt worden ist, reicht die bisherige Hilfe der Welt doch noch nicht aus, um die Demokratie in den Philippinen zu sichern. Vor 20 Jahren waren die Philippinen nach Japan das Land mit der höchsten Entwicklungsstufe. 20 Jahre Marcos-Ausbeutung haben dazu geführt, daß die Philippinen auf den vorletzten Platz bei den Lebensverhältnissen der Menschen in Südostasien und im Fernen Osten gefallen sind. 70 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze und die kommunistischen Guerilla-Truppen sind unter dem Verteidigungsminister des Diktators, Enrile, der auch jetzt Vertei- digungsminister ist, von 500 auf über 20.000 gestiegen.

Viele der Zuläufer der kommunistischen Guerilla-Bewegung und der kommunistischen Partei sind nur aufgrund der katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu den Widerstands- kämpfern gestoßen. Heute macht sich bei ihnen das Gefühl breit, daß man in einer Vereinbarung mit der Regierung Aquino zumin- dest versuchen sollte, auf friedlichem Wege die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Das Waffenstillstandsabkommen der kommunistischen Guerilla, das auf den 10. Dezember geplant ist und auf 100 Tage befristet sein soll, ist zwar noch nicht abge- schlossen, aber in greifbare Nähe gerückt.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Waffenstillstandsvereinbarung von Verteidigungsminister Enrile torpediert werden. Ebensovienig ist zu übersehen, daß örtliche Kommandanten offensichtlich vor Abschluß des Abkommens noch vollendete Tatsachen schaffen wollen. Auch auf der anderen Seite, den Kommunisten, gibt es

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
auf wertvollem Rohmaterial
Recycling-Paper



Kräfte, die nicht bereit sind, auf den Kampf mit der Waffe zu verzichten. Enrile, der aus der Marcos-Zeit nicht nur wegen der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen bekannt ist - er hat das Kriegsrecht aus der Taufe gehoben und den Haftbefehl für den später ermordeten Ehemann der Staatspräsidentin, Benito Aquino, unterschrieben - muß sich auch immer mehr Fragen darüber gefallen lassen, wie er zu seinem sagenhaften Vermögen gekommen ist. Die Glaubwürdigkeit des Verteidigungsministers leidet ebenfalls darunter, daß er im Gespräch gegenüber deutschen Abgeordneten erklärt, er wolle sich nicht mehr öffentlich gegen die Staatspräsidentin äußern, dieses aber am nächsten Tag bereits wieder vergessen hat.

Präsidentin Aquino kann sich auf das ganze Volk und insbesondere auf die katholische Kirche verlassen, die mit Kardinal Sin und einer Reihe von Ratgebern erheblichen Einfluß auf den friedlichen Verlauf der Ablösung der Diktatur genommen haben.

Neben der Frage einer friedlichen Lösung des Problems mit den Kommunisten wird die Abstimmung über die neue Verfassung am 7. Februar 1987 ein entscheidender Schritt für mehr Demokratie sein. Die Verfassung ist auf den philippinischen Nationalcharakter zugeschnitten und findet zur Zeit breite Zustimmung bei der Bevölkerung. Sie ist in kürzester Zeit von einem Verfassungskomitee erarbeitet worden und enthält auch die Bestätigung der Präsidentin und des Vizepräsidenten, die im Februar bis zum Jahr 1992 gewählt worden sind. Eine Wiederwahl des Präsidenten ist nach der Verfassung nicht mehr möglich, so daß auch der Vizepräsident Laurel die Möglichkeit hat, sich anschließend als Präsidentschaftsbewerber aufstellen zu lassen. Laurel und Enrile, der immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, Staatspräsident zu werden, versuchen allerdings zur Zeit, mit einem undurchsichtigen Spiel die Frage der Verfassung von der Bestätigung des Präsidenten zu trennen. Aquino hat mit wohl sicherem Gespür die Frage der Präsidentschaft an die Verfassung gekoppelt und es besteht keinerlei Zweifel darüber, daß sich eine überwältigende Mehrheit für die Verfassung und für Aquino aussprechen wird.

Letztlich gelingen wird der Übergang von der 20jährigen Diktatur des Ferdinand Marcos zu einer stabilen Demokratie nur dann, wenn alle Staaten der Welt, insbesondere die westlichen Staaten, auch ihre Verantwortung in wirtschaftlicher Hinsicht gegenüber den Philippinen wahrnehmen. Ohne Hilfe von außen wird es auch Cory Aquino kaum möglich sein, das durch den Marcos-Krieg geplünderte Land auf einen ähnlichen Weg zu bringen wie die Nachbarstaaten im ASEAN-Verband. Die USA, die europäischen Staaten und auch Japan haben ihren guten Willen bekundet. Von den Staaten des Warschauer Paktes ist im Augenblick unverständliche Zurückhaltung zu bemerken. Es besteht aber die Hoffnung, daß dieses Land eines der wenigen sein wird, in dem die großen Blöcke der Welt sich gemeinsam für die Verbesserung der Lebensverhältnisse des philippinischen Volkes und für mehr Demokratie einsetzen.

(-/20.11.1986/vo-he/hü)

* * *



Knallfrösche halten die Contras nicht auf

Die USA wollen, daß das nicaraguanische Experiment scheitert

Von Dr. Klaus Hänsch MdEP

Stellvertretender Vorsitzender des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments

Die Sandinistische Befreiungsfront FSLN in Nicaragua hat den 25. Jahrestag ihrer Gründung und den 10. Todestag Carlos Fonsecas, eines ihrer Gründer, mit einer mehrstündigen Truppenparade begangen. Im Stehschritt paradierten vor den „Commandantes de la Revolucion“ und etwa 100.000 Zuschauern, Milizen und Armeeinheiten, rollten Panzer, Raketenwerfer und flogen Kampfhubschrauber sowjetischer Bauart.

In Europa ist diese Militärshow kritisiert worden als unnötige Drohgebärde gegenüber den Nachbarn und als Zeichen einer Militarisierung der nicaraguanischen Gesellschaft. Unter manchen Freunden der Sandinisten hat sie Irritationen hervorgerufen. Man kann darüber streiten, ob der Paradeinsatz der nationalen Armee an diesem Tag als Zeichen für die Entwicklung der FSLN als Staats„partei“ gewertet werden kann. Nicht streiten kann man darüber, daß die nicaraguanische Revolution sich in einem immer härteren Abwehrkampf gegen eine von den USA gesteuerte und finanzierte Aggression befindet. Das demonstrative Herzeigen militärischer Stärke hat auch innenpolitische Bedeutung. Mit Knallfröschen sind schließlich die von Reagans USA mit 100 Millionen Dollar unterstützten Contras nicht aufzuhalten.

Die sandinistische Führung hat mit wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Besonders in den Städten gibt es Versorgungsengpässe: Folgen des amerikanischen Embargos und der terroristischen Aktivitäten der Contras. Dahinter tritt zurück, daß offensichtlich nicht alle Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten in Nicaragua auf den Krieg zurückzuführen sind.

Das gilt auch für manche Probleme in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Allerdings sollte hier nicht nur registriert, sondern anerkannt werden, daß der Dialog mit der Katholischen Kirche wieder aufgenommen wurde. Hierzu hat offensichtlich solidarische Kritik, auch aus den Reihen der Sozialistischen Internationale, ebenso beigetragen wie eine neuerdings flexiblere Haltung des Vatikans. Ein Rahmenabkommen mit der Kirche könnte die Lösung mancher Einzelprobleme erleichtern. Daß demnächst der Eucharistische Weltkongreß in Managua zusammentreten wird, zeugt von einer beginnenden Entspannung.

Die Arbeit an der Verfassung Nicaraguas befindet sich in der Schlußphase. Ende November wird voraussichtlich eine der liberalsten und demokratischsten Verfassungen Lateinamerikas vorliegen. Sie wird nach übereinstimmender Einschätzung aller Kräfte, die sich an der Ausarbeitung des Textes beteiligen, die Möglichkeit eröffnen, die Prinzipien der sandinistischen Revolution mit Leben zu erfüllen. Mit ihrer unverantwortlichen Politik tun die USA alles, um dies zu erschweren und zu verhindern. Sie wollen, daß das nicaraguanische Experiment scheitert.

Verantwortliche europäische Politik dagegen muß darin bestehen, die EG-Hilfe für Nicaragua von gegenwärtig 40 Millionen DM nicht nur fortzuführen, sondern zu erhöhen. Sie muß helfen, die Contadora-Initiative wiederzubeleben. Und sie muß - ohne in unkritische Begeisterung zu verfallen - mit der FSLN die einzige stabile politische Kraft in Nicaragua unterstützen, die in der Lage ist, sozialen Fortschritt und nationale Unabhängigkeit für dieses Land zu gestalten und zu bewahren.

(-/20.11.1986/vo-he/st)

* * *



Kohl zeigt, wer alles Bundeskanzler werden kann

Kohl verheddert sich zwischen Reykjavik, Hollywood und Canossa in der Geschichte

Von Horst Peter MdB

Die Parallelität der Argumentation der Nachrüstungsbefürworter und der SDI-Befürworter, wie sie vor, während und nach Verhandlungen ihr Festhalten an den von ihnen gewünschten Waffen begründen, verschafft der Öffentlichkeit ein „deja vu“-Erlebnis. Der Kampf des Gedächtnisses gegen das Vergessen darf nicht aufgegeben werden. 1983 sagten die Nachrüster, die Stationierung sei das Mittel der Wahl, um die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zu bringen. Als es soweit war, hieß es, die Nachrüstungswaffen seien unverzichtbar, um Frieden und Freiheit des Westens zu sichern. Sie erhielten ihren eigenständigen militärischen Wert.

1986 sagten die Weltraumrüster, SDI sei notwendig, um die UdSSR an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Verhandlungen sind an SDI gescheitert. Auf SDI könne nicht verzichtet werden, wenn Frieden und Freiheit des Westens gesichert werden soll, sagen die Weltraumrüster jetzt. Um dies abzurufen: 1983 sagten die Nachrüster, die im Gegenzug von der UdSSR stationierten Kurzstreckenraketen stellen keine zusätzliche Bedrohung dar. Heute stellen sie für diese Nachrüster eine zusätzliche Bedrohung dar und behindern die Verhandlungen.

Gorbatschow in Hollywood

Nach Reykjavik scheint die Verlegenheit der Aufrüster, wie sie trotz der Beweglichkeit und der Zugeständnisse der UdSSR das Festhalten an ihren Positionen begründen können, groß gewesen zu sein. Kohl hat ihnen aus der Klemme geholfen, indem er in das Arsenal seiner historischen Torheiten griff und den unappetitlichen Gorbatschow-Goebbels-Vergleich präsentierte: obwohl Gorbatschow nie in Hollywood war, sei er doch ein Goebbels vergleichbarer geschickter PR-Experte. Aus dieser Sequenz des „Newsweek“-Interviews, dem Hinweis, daß Frau Gorbatschow in London einkauft, spricht nicht Hämie, sondern Angst. Kohl merkt, die Offensive des Lächelns, der Freundlichkeit, der neuen Offenheit trägt Früchte, die UdSSR konnte in der Öffentlichkeit Punkte sammeln. Am Verhandlungstisch signalisiert die UdSSR Beweglichkeit und Kompromißbereitschaft. Das Feindbild wankt. Mit einer unbeweglichen Sowjetunion konnte die eigene Unbeweglichkeit und die eigene Rüstung begründet werden. Die Sowjetunion in die Unbeweglichkeit zurück zu boxen, das ist die Absicht und die Logik dieses unsäglichen Vergleiches.

Kohl nach Canossa

Nach diesem Interview weiß die Welt, wie die Passage des CDU-Wahlprogramms, „Wir wollen gute Nachbarschaft mit den Völkern Osteuropas“ zu verstehen ist. Kohl ist jedoch der erste Kanzler der Bundesrepublik, der mit seiner Politik exakt das erreichte, was er verhindern wollte, nicht „in die Einflußzone der Sowjetunion“, nicht in die „politische Abhängigkeit der Sowjetunion“ (CDU-Wahlprogramm) zu gelangen, dem psychischen Druck der Sowjetunion widerstehen zu können. Letzteres auch ein Versatzstück aus der Nachrüstungsdiskussion. Sein Interview zwang Kohl zum Kotau vor den roten Zaren, die Welt erlebte Kohls Canossagang im Wasserwerk zu Bonn, wo er dem dritten Rom Abbitte leisten mußte.

„Nur wer die Geschichte kennt, kann aus der Geschichte Lehren ziehen“. Wie wahr diese Feststellung im CDU-Wahlprogramm ist, hat Kohl unübertreffbar schon mehrmals bewiesen. Vom TÜV bekäme Kohl, stände sein Geschichtsverständnis auf dem Prüfstand, keine Unbedenklichkeitsbescheinigung. Die Kritik an Kohl darf aber nicht auf der besserwisserischen und schöngestigen Ebene verbleiben. Daß Kohl der Vertreter der neuen Unzulänglichkeit auf dem Kanzlerstuhl ist, stört ihn nicht, beweist nur, wer alles Kanzler werden kann. Daß er sich mit seinen außenpolitischen und historischen Ausfällen blamiert, stört ihn auch nicht. Er meint das so, wie er das sagt. Das mag den Gourmet entsetzen, Kohl kalkuliert. Das ist der Durchschnitt der CDU/CSU. Unter der Überschrift „Was Kohl nicht bedachte“ hat ein anderer CSU-Jäger diese Sicht der Dinge aus deutsch-nationaler Sicht ausführlich begründet. Im Porzellanladen der Völker wie der Elefant, wie hohl das auch sein mag, wie Kohl, wie weiland Wilhelm II, herumzutapsen, bis alles in Scherben fällt, das ist der zu schnell großgewordene deutsche Bürger, dem die Erziehung abhanden gekommen ist. Das ist die seit 1870 die Welt beleidigende Großkotzigkeit des deutschen Bürgers, der wähnt, (wieder) etwas zu sein, zum Platz an der Sonne drängt; „Was kümmert uns die Meinung der Welt“.

(-/20.11.1986/vo-he/st)



DOKUMENTATION

Die internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi hat auf ihrer Delegiertenversammlung am 9. November im fränkischen Burg Feuerstein einen viel beachteten Beschluß zur Frage der Kriegsdienstverweigerung verabschiedet. Wir dokumentieren den Beschluß im Wortlaut:

Gewaltfrei widerstehen - Kriegsdienste verweigern - Abschreckung überwinden (Teil I)

„Er (Jesus) lädt uns ein auf den Weg, auf dem er uns selbst entgegengekommen ist, auf den Weg schöpferischer Gewaltlosigkeit, unermesslicher Vergebungsbereitschaft und unbeirrbarer Feindesliebe.“
(„Gerechtigkeit schafft Frieden“, 4.4.1.)

Präambel

Pax Christi will Zeugnis ablegen für die Botschaft des Evangeliums als einer Botschaft der Befreiung zu Frieden und Gerechtigkeit. Dabei weist uns das Evangelium auf den Weg der Gewaltlosigkeit. Gewaltlosigkeit ist im Evangelium sowohl umfassendes Ziel als auch konkrete Handlungsorientierung. Sie ist eine Herausforderung an jeden einzelnen, an jeden Christen, an die Kirche, an die Gesellschaft, an alle politisch Verantwortlichen und nicht zuletzt an Pax Christi selbst, „schon jetzt jene Ordnung des Friedens vorzubereiten, die zu ihrem Schutz keiner Androhung von Gewalt bedarf, sondern auf wechselseitiges Vertrauen und auf Gerechtigkeit gegründet ist“ (GsF 4.4.1.).

Dabei wissen wir: Es gibt viele Weg zum Frieden, und alles Handeln für den Frieden kann immer nur ein vorläufiges sein, weil das endgültige Reich des Friedens noch aussteht. Insofern ist Gewaltlosigkeit ein Angebot für Friedenshandeln, das in einer gegebenen Situation immer wieder begründet werden muß und an dem alle Wege gemessen werden müssen. Um aber überhaupt handeln und messen zu können, dürfen Christen nicht nachlassen, den Weg der Gewaltlosigkeit als Friedenshandeln aufzuzeigen, unbeirrt für gewaltfreie Lösungen auf allen Ebenen menschlichen Zusammenlebens einzutreten und selbst Gewaltlosigkeit zu bezeugen und zu praktizieren, wo und wann immer dies möglich ist. Deshalb ist das NEIN zur Gewalt, das „Ich widerstehe“, ein eindeutiges, aber kein einfaches Nein. Es muß ein liebendes Nein sein, das niemanden verletzen will, sondern alle einlädt, den Weg zum Frieden zu suchen und zu gehen.

1. Das Nein zum Abschreckungssystem muß praktisch werden

Unsere gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch die Aufrüstung in West und Ost und durch Militärstrategien, die im Kriegsfall zur Vernichtung der ganzen Menschheit führen können und schon heute die Armen unerträglich schädigen.

Dagegen bestehen nach der Lehre der katholischen Kirche so schwere Bedenken, daß jeder ethisch verpflichtet ist, sich im Rahmen seiner Verantwortung für die Abschaffung dieses Systems der Abschreckung einzusetzen und dies durch einen konstruktiven Dialog zwischen den Systemen zu fördern.

Kirchliche Leitungsgremien und Gemeinden sowie christliche Friedensgruppen haben in den letzten Jahren immer deutlicher gegen das bestehende Abschreckungssystem und die Beteiligung daran durch direkte und indirekte Kriegsdienste Position bezogen.

In der Neustädter Erklärung hat Pax Christi 1983 eindeutig erklärt, daß der gegenwärtigen Sicherheitspolitik, die den Einsatz von Massenvernichtungswaffen einkalkuliert, die ethische Legitimation entzogen ist und es keine Tolerierungsfrist mehr geben darf.

Wir stellen fest, daß die Aufrüstung in den letzten Jahren fortgesetzt und intensiviert worden ist. Innergesellschaftliche Militarisierung, neue konventionelle Waffen, das Air-Land-Battle-Konzept,

die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles, neue chemische und atomarstrategische Waffen und das SDI-Rüstungsprogramm stehen für diese Entwicklung.

Das Engagement der Friedensbewegung hat zwar einen Bewußtseinswandel in der Gesellschaft in Gang gesetzt, aber bisher ist es noch nicht gelungen, die Aufrüstung zu stoppen und zur Abrüstung überzuleiten.

Diese Situation fordert Pax Christi heraus, deutlicher als bisher das NEIN zur Abschreckung praktisch werden zu lassen und Schritte der Verweigerung zu entwickeln.

2. Unsere Möglichkeiten zur Überwindung des Abschreckungssystems

Die nukleare Abschreckung ist Teil weltweiter Zusammenhänge von Gewalt, Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Die Überwindung des Abschreckungssystems ist daher immer mit politischen Strategien zur Abschaffung von Krieg, Hunger und Ausbeutung weltweit zu koppeln. Zugleich ist das Abschreckungssystem so tief in allen Bereichen unserer Gesellschaft verankert, daß wir alle in dieses System verstrickt sind. Unser Aufruf zum Widerstehen findet gerade hier seinen Ausgangspunkt.

Da jeder von uns in das atomare Drohsystem eingebunden ist, hat er auch Möglichkeiten, sich diesem zu widersetzen. Jeder muß für sich klären, welche konkreten Schritte er in seiner Situation gehen kann. Eine Überwindung kann nur gelingen, wenn sich immer mehr Menschen in vollem Ernst und auch mit persönlichem Risiko widersetzen und so diesem Drohsystem öffentlich und praktisch die Legitimation entziehen.

Dies kann und muß an verschiedenen Stellen erfolgen. Denn Abschreckung funktioniert nicht nur militärisch. So wirken zum Beispiel Feindbilder, die zunehmende Einplanung ziviler Einrichtungen für militärische Zwecke und militärische Planungen eng zusammen. Es bleibt deshalb eine unserer zentralen Aufgaben, durch Versöhnungsarbeit auch die geistigen Grundlagen der Abschreckung zu überwinden. Dabei halten wir insbesondere für wichtig:

- den Abbau von Feindbildern gegenüber den Völkern Osteuropas und im eigenen Land;
- den Abbau von Ausbeutung und Unterdrückung der Völker in der „Dritten Welt“.

Auf allen Ebenen muß zur Überwindung der Abschreckung beigetragen werden.

Wenn wir die Handlungsmöglichkeiten jedes einzelnen so stark betonen, setzen wir auch ein Zeichen gegen fatalistische Haltungen großer Bevölkerungsteile, die eine Änderung der Sicherheitspolitik zwar erhoffen, aber nicht (mehr) für möglich halten und eigene Schritte als nutzlos ansehen. Dabei gehen wir davon aus, daß man politisches Handeln nicht allein den Parteien, ihren Mandatsträgern und deren Beratern überlassen darf, sondern daß die Bürgerinnen und Bürger sich als Souverän in der Demokratie ernstnehmen und selbstbestimmt politisch handeln.

Neben den traditionellen Formen politischer Mitwirkung halten wir zur Überwindung des Abschreckungssystems auch das Zusammenwirken verschiedener Formen gewaltfreien Handelns für entscheidend:

- Nicht-Zusammenarbeit (Verweigerung zum Beispiel von Wehrpflichtigen, Soldaten, Reservisten, Frauen, Berufsgruppen).
- Direkter Widerstand (zum Beispiel Sitzblockaden, Manöverbehinderung).
- Entwicklung von konstruktiven Alternativen (zum Beispiel Soziale Verteidigung), in denen schon die Wirklichkeit einer gewaltfreien Gesellschaft erkennbar wird.

Unsere langfristig angestrebte Utopie einer Welt ohne Waffen kann nur schrittweise verwirklicht werden. Sie schließt daher gewaltmindernde Übergangsmodelle (wie zum Beispiel konventionelle Defensiv-Konzepte) nicht aus, sondern fordert sie gerade. (-/20.11.1986/vo-he/st)

(wird fortgesetzt)

* * *

